

PRESSEAUSSENDUNG

Slowakei: Wachsende Spannung vor den Wahlen

In der Slowakei finden am 12. Juni 2010 Parlamentswahlen statt. Von den 18 politischen Parteien, die um die Stimmen der Wähler werben, haben voraussichtlich 8 die Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und den Einzug ins Parlament zu schaffen. Seit Ende Mai hat die politische Spannung zwischen der Slowakei und Ungarn erneut zugenommen - diesmal wegen der Doppelstaatsbürgerschaft. Das neue ungarische Parlament verabschiedete eine Gesetzesnovelle, die es im Ausland lebenden Ungarn erleichtert, die ungarische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Das Slowakische Parlament hat wenig später mit einer eigenen Gesetzesnovelle reagiert. Nach dieser werden alle slowakischen Bürger ihre Staatsbürgerschaft automatisch an dem Tag verlieren, an dem sie die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes erwerben.

Diese Causa könnte die Wahlergebnisse beeinflussen, da die rund 520 Tausend in der Slowakei lebenden Ungarn 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen und einen ähnlich hohen Anteil an der Zahl der Wahlberechtigten haben. Zwar waren in den letzten Monaten die Wählerpräferenzen für die Slowakische Nationalpartei (SNS) – sie ist Teil der gegenwärtigen Koalitionsregierung - stark rückläufig, aber nun könnte ihr die ungarische Karte (zur Zeit verstärkt durch die Causa der Doppelstaatsbürgerschaft) helfen, die 5%-Hürde zu überwinden. Die stärkste Regierungspartei, die linksorientierte Smer-SD, wird unter der Führung des bisherigen Regierungschefs Robert Fico wahrscheinlich über 30% der Wählerstimmen gewinnen. Obwohl die Glanzzeit der LS-HZDS unter der Leitung von Vladimir Meciar bereits 10 Jahre vorbei ist, könnte auch dieser kleine zweite Koalitionspartner den Einzug ins Parlament knapp schaffen.

Die letzten Meinungsumfragen zeigen eine steigende Unterstützung für die Mitte-Rechts-Parteien. Ihre Chancen steigen weiter, nachdem die tschechischen Parlamentswahlen vor zwei Wochen dieses Land deutlich in das Mitte-Rechts-Lager verschoben. Die stärkste Oppositionspartei, die Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (SDKU-DS), könnte die zweitstärkste Partei mit rund 15% Wahlstimmen werden. Die neue liberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) und die Christlich Demokratische Bewegung (KDH) sind weniger favorisiert. Falls auch die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) und die zweite ethnisch-ungarische Partei die Brücke (MOST-HID) den Parlamentseinzug schaffen, wäre es theoretisch möglich, dass das ganze oppositionelle Mitte-Rechts-Lager eine Regierung bildet. Allerdings wäre deren Stabilität im Lichte der wahrscheinlichen nationalistischen Spannungen infrage gestellt. Jedenfalls bleiben der Wahlausgang und die folgende Regierungsbildung vollkommen offen.

Unmittelbar vor den Wahlen gibt es deutliche Anzeichen für eine Belebung der slowakischen Wirtschaft. Die Erholung scheint robust zu sein und kommt früher als erwartet. Die Slowakei könnte also wieder das höchste Wirtschaftswachstum von allen NMS erreichen. Der Aufschwung resultiert aus mehreren Faktoren: Erstens einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland, die durch steigende Wettbewerbsfähigkeit unterstützt wird. Wie in anderen Euro-Ländern, hat der immer schwächere Euro positive Auswirkungen auf die slowakischen Exporte insbesondere in die zwei wichtigen Nicht-Euro-Handelspartner (Tschechien und Polen). Zweitens unterstützen stark fallende Lohnstückkosten zusammen mit sinkenden Produzentenpreisen das Exportwachstum. Die steigenden Exporte beleben wiederum die Industrieproduktion und verstärken das BIP-Wachstum. Im Laufe der Wahlkampagne hat die Fico-Regierung die wirtschaftliche Erholung als Erfolg der eigenen im Jahr 2009 eingeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen interpretiert.

Die aus dem Amt scheidende Regierung setzte im Vorjahr einige Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, vor allem eine Förderung des privaten Konsums und der Beschäftigung. Allerdings ist die derzeitige Erholung der slowakischen Wirtschaft ausschließlich durch das Exportwachstum getrieben. Außerdem hat sich der Arbeitsmarkt mit einem Anstieg der Arbeitslosenrate auf 15% deutlich verschlechtert. Das ist die Schattenseite der Produktivitätssteigerung in der Exportwirtschaft. Rund ein Fünftel der Arbeitsplätze ist verloren gegangen – und zwar hauptsächlich aufgrund des Beschäftigungsabbaus in FDI-Unternehmen .

Nachdem die slowakische Regierung in der Zeit der Hochkonjunktur (bis 2008) die Gelegenheit versäumt hatte, das Budgetdefizit stärker abzubauen, sind die öffentlichen Finanzen mit ernsthaften strukturellen Problemen konfrontiert. Abgesehen von der gegenwärtigen Dynamik des steigenden Budgetdefizits gibt es andere Sorgen wie das Ausbleiben verbindlicher Grenzen für budgetäre Ausgaben und die langfristige Nachhaltigkeit des Pensionssystems, die durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung sowie durch die Drosselung der zweiten privaten Säule des Pensionssystems stark gefährdet wird. Außerdem steigen die staatlichen Transferleistungen an Arbeitslose. Die Erfahrung zeigt, dass erst nach einigen Jahren hohen BIP-Wachstums die Beschäftigung wieder steigt. Daher werden in diesem Bereich nach wie vor öffentliche Ausgaben notwendig sein.

Was die Nachhaltigkeit des künftigen Wirtschaftswachstums anbelangt, sollten Maßnahmen vermieden werden, welche die mühsam wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den EU-Ländern untergraben würden. Sollte der Euro schwach bleiben und die Lohnstückkosten nicht steigen, könnte das BIP 2010 um über 3% wachsen. Später, falls sich die Wirtschaften der wichtigsten Handelspartner deutlich erholen, könnte sich das Wirtschaftswachstum in der Slowakei sogar beschleunigen. Die wichtigste Herausforderung für die neue Regierung besteht in der Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit und des steigenden Budgetdefizits.

Nach den Wahlen wird es wichtig sein, rasch eine neue Regierung zustande zu bringen, damit diese ein glaubwürdiges Spar-Budget für 2011 und ein überzeugendes Programm der mittelfristigen fiskalischen Stabilisierung vorlegen kann. Falls das nicht gelingt, würde das internationale Rating des Landes sinken, und die Zinssätze würden steigen. Folglich würden die öffentli-

chen Schulden (derzeit rund 40% des BIP) und die Bruttoauslandsverschuldung (rund 70% des BIP) weiter steigen. Egal, welche neue Regierung sich damit auseinandersetzen wird, wird sie sehr wahrscheinlich gezwungen sein, öffentliche Ausgaben zu kürzen oder die Steuerlast zu erhöhen – oder beides zugleich zu tun.

wiiw, 10. Juni 2010

Dipl.Ing. Zdenek Lukas, Tel: 533 66 10-36, E-mail: lukas@wiiw.ac.at